Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964
1935

225 (26.9.1935)

Visual Library

Durlacher Tageblatt

Durlacher Wochenblatt gegründet 1829 / Heimatblatt für die Stadt Durlach und den Amtsbezirk Karlsruhe

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertag ausgenommen. Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich monatlich 1,50 Mark, durch die Post bezogen 1,86 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig.

Druck u. Verlag: Adolf Dups, Kommanditgesellschaft, Durlach, Mittelstr. 6. Geschäftsstelle: Adolf Hitlerstr. 53, Fernspr. 204. Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 10 101. Verantwortlich für den Gesamtinhalt: Luise Dups, Durlach. D. A. VIII. 3304.

Anzeigenberechnung: Die 6gespaltene Millimeterzeile (46 Millimeter breit) 6 Pfennig, Millimeterzeile im Textteil 18 Pfennig. Z. Zt. ist Preisliste Nr. 4 gültig. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor, nachmittags 17 Uhr, für kleine Anzeigen am Erscheinungstag 8 Uhr vormittags. Für Platzwünsche und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr übernommen werden. Im Falle höherer Gewalt hat der Bezieher keine Ansprüche bei verspätetem oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 225 | **Donnerstag, den 26. September 1935** | **107. Jahrgang**

Kurze Tagesübersicht

Die großen Manöver der Luftwaffe bei Warnemünde wurden am Mittwoch abgeschlossen.

Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahn hielt eine Tagung, in der die Vereinfachung der Verwaltung und Ersparnismaßnahmen behandelt wurden.

In Genf ist eine Telegramm des Kaisers von Abessinien eingetroffen, worin mitgeteilt wird, daß die Truppen auf der ganzen Front 30 Kilometer zurückgenommen wurden.

In der Antwort Italiens zum Vorschlag des Fünfer-Ausschusses wird die Teilung Abessiniens gefordert.

Eine Sensationsmeldung der Pariser Zeitung „Oeuvre" bringt Gerüchte über einen Regierungswechsel in Rom und den angeblich bevorstehenden Rücktritt des Duce. Man muß derartige Nachrichten als antifaschistische Mache bezeichnen.

In Spanien wurde ein neues Kabinett auf der Grundlage des alten Regierungsblockes gebildet.

Die größte Speicheranlage an der Themse, die Colonial Wharf, ist am Mittwoch niedergebrannt.

In den nächsten 24 Stunden werden rund 9000 Soldaten und große Materialmengen von Neapel aus die Reise nach Ostafrika antreten.

Ein Fischdampfer zerschellte an der Küste von Yorkshire; die elfköpfige Besatzung konnte nicht gerettet werden.

Achtung! Arbeitsdienstpflichtige des Jahrgangs 1915!

Berlin, 25. Sept. Der erste Jahrgang der deutschen Reichsarbeitsdienstpflichtigen ist einberufen. Bis spätestens 16. September 1935 sind alle Musterungsbefehle zugestellt worden, die die Einberufung zum 1. Oktober 1935 enthalten. Wer erst zum 1. April 1936 eingezogen werden soll, hat eine entsprechende Benachrichtigung erhalten.

Im Gegensatz zum bisherigen Freiwilligen Arbeitsdienst, in dem die Einberufung nur eine Folge der vorherigen freiwilligen Meldung war, sind die jetzigen Einberufungen staatliche Anordnungen auf Grund des Reichsarbeitsdienstgesetzes, die von allen Arbeitsdienstpflichtigen auf das genaueste beachtet werden müssen, wenn sie sich nicht strafbar machen wollen. Der Einberufungsbefehl enthält genaue Mitteilungen über Ort und Zeit für die Gestellung.

Es ist vorgekommen, daß einzelne Arbeitsdienstpflichtige nach ihrer Musterung von ihrem bisherigen Wohnsitz verzogen sind ohne sich polizeilich abzumelden. Dadurch konnten Gestellungsbefehle, zum Teil nicht zugestellt werden. Arbeitsdienstpflichtige, die gemustert und für tauglich befunden worden sind, aber bis zum 16. September keinen Musterungsbefehl oder Gestellungsbefehl zum 1. Oktober 1935 und keine Benachrichtigung zum Dienstantritt am 1. April 1936 erhalten haben, sind verpflichtet, sich umgehend bei ihrem zuständigen Meldeamt zu erkundigen, bei welcher Abteilung des Reichsarbeitsdienstes sie sich am 1 Oktober 1935 zu melden haben. Das zuständige Meldeamt ist nötigenfalls bei der Ortspolizeibehörde zu erfahren.

Ein Erlaß Lutze's

Zugehörigkeit zum Cösener SC. verboten

München, 25. Sept. Die Oberste SA.-Führung gibt folgenden Erlaß des Stabschefs Lutze bekannt:

1. Ich verbiete mit Wirkung vom 15. Oktober 1935 die Zugehörigkeit von SA.-Führern und -männern zum Cösener SCs., da der Cösener SC. nach öffentlicher Mitteilung durch den Chef der Reichskanzlei die Durchführung des Arier-Grundsatzes abgelehnt hat.

2. SA.-Führer und -männer, die bis zum 15. Oktober 1935 ihren Austritt aus einem aktiven Korps oder einer Altherrenschaft des Cösener SC. nicht vorgenommen haben, sind aus der SA. zu entlassen.

Geburtstagsgeschenk des Deutschen Handwerks

1000 Paar Militärstiefel

Berlin, 25. Sept Die 1000 Paar Militärstiefel, die das Deutsche Handwerk dem Führer und Reichskanzler zu seinem Geburtstag geschenkt hat, wurden, wie das NdZ. meldet, am Mittwoch dem Wehrkreiskommando 3. Berlin, feierlich übergeben. In drei hohen Bergen waren die prächtigen Erzeugnisse deutschen Handwerkerkönnens aufgeschichtet. Der Vertreter des Reichshandwerksmeisters, Dr Wolf, übernahm von dem Vertreter des Schuhmacherhandwerkes die Stiefel, dankte für die gute Arbeit und übergab das Geschenk dem Korpsintendanten Wandersleben. Dieser dankte in herzlichen Worten im Namen des Kommandierenden Generals und wies in einer kurzen Ansprache auf die Verbundenheit des Handwerks mit dem Heer hin. Er gab dann die Anordnung, daß jeder Stiefel mit einem Stempel versehen werden soll, aus dem zu ersehen sein wird, daß es sich um ein Geschenk des Handwerks handelt.

Zur Memelfrage

Genf, 25. Sept. Die Unterredung zwischen Laval und Eden am Mittwoch bezog sich auch auf die Memelfrage. Der litauische Außenminister Lozoraitis wurde während einiger Zeit hinzugezogen. Es wurden ihm, wie verlautet, Vorhaltungen wegen gewisser neuerdings bekanntgewordener litauischer Maßnahmen im Memelgebiet gemacht.

Genf, 25. Sept. Der Kurier de Genève veröffentlicht einen Artikel über die zugespitzte Lage in Memel, in dem er unter anderem schreibt:

Man kann über das Vorgehen des Reiches denken wie man will. Jedenfalls aber gebietet es die Gerechtigkeit, anzuerkennen, daß die Beschwerden des Führers nicht unbegründet sind. Das Memelstatut ist ein so kompliziertes Gebäude, daß niemand darin zu seinem Rechte kommt. Die litauischen Behörden lassen sich ständig Uebergriffe auf das die Autonomie begründete Statut zu Schulden kommen und die Garantiemächte dieses Statutes verharren in einer wenig verständlichen Teilnahmslosigkeit.

London, 25. Sept Ein Sonderberichterstatter der Daily Mail meldet aus Memel, der Landtag werde nach seiner Wahl vielleicht nur einmal zusammentreten. Falls die Litauer ihn aber auflösten, würden sie eine völlige Verletzung des Statuts begehen, sodaß die Signatarmächte zum Eingreifen gezwungen sein würden. Der Berichterstatter fragte schließlich, wie lange Litauen noch mit seiner herausfordernden Politik gegen Deutschland fortfahren werde.

Paris, 25. Sept. Die in Straßburg erscheinende Tageszeitung „Der Elsässer" schreibt in einem Leitaufsatz zu den Wahlen in Memel: „Wie immer die Wahlen im Memelgebiet ausfallen mögen, sicher ist das Eine, daß bei einer halbwegs freien Durchführung des Wahlaktes die Deutschen eine Mehrheit im Landtag erringen werden und somit Anspruch auf Bildung der Regierung erheben dürfen. Man mag gegen das Dritte Reich politisch eingestellt sein wie man will, es muß jedoch zugegeben werden, daß es ein schwerer Fehler Litauens war, die vertraglich festgelegten Rechte der Deutschen des Memelgebiets zu verletzen.

Gewissenlose litauische Wahlpropaganda

Tilsit, 25. Sept. Für die Gewissenlosigkeit, mit der die litauischen Behörden sich an der Wahlpropaganda im Memelgebiet beteiligen, ist bezeichnend, daß die litauische Post unter Streifband versandte Exemplare des „Memeler Dampfboots" einfach gegen den „Memeler Beobachter", das in deutscher Sprache erscheinende Reptilienblatt der Litauer, austauscht. Bezieher des „Dampfboots" erhalten unter dem Streifband der Firma Siebert, die das „Dampfboot" herausgibt, anstelle des „Dampfboot"-Exemplars solche des „Memeler Beobachters" vom gleichen Datum.

*

Das Fiasko der litauischen Wahlversammlungen im Memelgebiet

DNB. **Memel,** 25. Sept. Am Mittwoch fand in dem Kirchdorf Prökuls eine litauische Wahlversammlung statt, in der der ehemalige statutwidrige Präsident Reisgys und der ehem. Landesdirektor Szwillus auftraten. Ebenso wie bei einer litauischen Wahlversammlung in Plicken verließen mehrere hundert Bauern den Saal. Nur zehn blieben im Versammlungsraum zurück. Dabei verhaftete die litauische politische Polizei mehrere Personen, u. a. auch den ehemaligen Fraktionsführer der Landwirtschaftspartei, Killus. Es entstand ein allgemeiner Tumult. Schließlich wurde litauische Grenzpolizei aus Memel zu Hilfe herangeholt.

*

Macdonalds Zeitschrift brandmarkt Litauens Wahlmachenschaften

DNB. **London,** 25. Sept. Heute nimmt „News Letter", das Organ MacDonalds und der regierungstreuen Arbeiterparteiler, zu dem Memelproblem Stellung. Die Zeitschrift schreibt, es gebe keine Entschuldigung für den Versuch, das Memelgebiet mit Litauern zu überstimmen, die eigens zur Teilnahme an den Wahlen importiert würden. Die in der Vergangenheit veranstalteten Abstimmungen hätten gezeigt, daß die Deutschen über 20 von den 29 Sitzen des Landtages gewinnen könnten. Angesichts dieser Tatsache werde Deutschland kein Wahlergebnis annehmen, das eine litauische Mehrheit aufweise. Aus der Sprache Hitlers in Nürnberg gehe klar hervor, daß Deutschland nicht vergessen habe, auf welche Art und Weise Memel litauisch geworden sei.

*

Falsche Behauptungen in einem lettländischen Prozeß

Wie aus Riga gemeldet wird, sind dort von dem lettischen Gericht sechs baltische Deutsche wegen angeblicher Zugehörigkeit zu einer geheimen nationalsozialistischen Verbindung in Lettland mit staatsfeindlichen Bestrebungen zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden, mit Ausnahme eines, der freigesprochen wurde. Bei einem anderen, der minderjährig ist, wurde die Strafe auf acht Monate herabgesetzt. Die Anklage stützte sich auf sehr zweifelhafte Angaben, die zum Teil der Polizei von dem Angeklagte gemacht worden sein sollen, der jetzt freigesprochen wurde. Im übrigen bestritten die Angeklagten, daß sie einer nationalsozialistischen Geheimorganisation angehört und als lettländische Staatsangehörige an staatsfeindlichen Bestrebungen teilgenommen hätten. Es hat ihnen aber nichts geholfen. Der Staatsanwalt, der die höchste gesetzliche Strafe beantragte, erging sich über das Sachliche der Anklage hinaus in Anschuldigungen, die zurückgewiesen werden müssen. Er behauptete, die Ziele der Nationalsozialistischen Partei seien in jedem Falle feindselig gegen den lettischen Staat und das lettische Volk. Die deutsche nationalsozialistische Organisation in Lettland sei bestrebt gewesen, die deutsche Jugend in Lettland im nationalsozialistischen Sinne zu beeinflussen und die verschiedenen Bevölkerungsschichten gegeneinander aufzuhetzen. Wir in Deutschland haben allen Anlaß, solche Behauptungen, auch wenn sie von unbedeutenden Stellen gemacht werden, nicht durchgehen zu lassen, weil immer wieder versucht wird, derartiges politisch gegen uns auszunutzen. Dem sind die wiederholten Erklärungen des Führers und Reichskanzlers gegenüberzustellen, daß der Nationalsozialismus sich nicht in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten und anderer Völker mischt und daß der Nationalsozialismus „kein Ausfuhrartikel" ist.

Italien fordert Teilung Abessiniens

Genf, 25. Sept Der Bericht des Fünfer-Ausschusses an den Völkerbundsrat ist veröffentlicht worden. Er besteht aus einer zusammenfassenden Darstellung über den Verlauf der Arbeiten des Ausschusses sowie aus drei Anlagen, nämlich dem bereits veröffentlichten Text der Vorschläge des Fünfer-Ausschusses an Abessinien und Italien sowie der Antwort dieser beiden Regierungen. Die italienische Stellungnahme erscheint in der Form einer „Zusammenfassung der mündlichen Bemerkungen des italienischen Vertreters".

In der Darstellung des Verlaufs seiner Arbeit erklärt der Fünfer-Ausschuß u. a.:

„Der Ausschuß hat von den Anschuldigungen, die die italienische Regierung gegen Abessinien erhoben hat und von der einstweiligen Stellungnahme der abessinischen Abordnung Kenntnis genommen Er hat sich jedoch jedes Werturteils über die von den beiden Parteien gelieferten Unterlagen enthalten. Als Schlichtungsstelle hatte der Ausschuß kein Urteil zu fällen, sondern die Lage in Betracht zu ziehen und nach Mitteln zu einer Besserung zu suchen."

Es folgt eine Aufzählung der vorgeschlagenen Maßnahmen im Rahmen der internationalen Hilfeleistung für Abessinien. Der Bericht des Fünfer-Ausschusses erwähnt sodann die französisch-englische Bereitschaft zu einem Gebietsaustausch und zur Anerkennung eines italienischen Interesses an der wirtschaftlichen Erschließung Abessiniens. Der Bericht erinnert daran, daß die Verlautbarung über den italienischen Ministerrat vom 21. September diese Vorschläge als unannehmbar bezeichnet habe.

In der Zusammenfassung der italienischen Bemerkungen heißt es u. a.:

1. Der Fünfer-Ausschuß hat die klaren Beschuldigungen nicht in Betracht gezogen, die die italienische Regierung gegen Abessinien wegen Nichterfüllung der von ihm bei seinem Eintritt in den Völkerbund übernommenen Verpflichtungen erhoben hat. Er hat ebenso wenig geprüft, ob Abessinien noch würdig sei, dem Völkerbund anzugehören, nachdem es diese Verpflichtungen nicht erfüllt und andere offen verletzt habe.

2. Die von der italienischen Regierung vorgelegte Denkschrift hat aus obigen Gründen Abessinien das Recht abgestritten, auf dem Fuße der Gleichberechtigung mit den anderen Völkerbundsmitgliedern zu verhandeln und hat den Rat auf den wirklichen Zustand des sogenannten abessinischen Reiches und seiner inneren Verhältnisse, die weit hinter den berechtigten Anforderungen an ein Völkerbundsmitglied zurückbleiben, aufmerksam gemacht. Die Denkschrift der italienischen Regierung wies nach, daß ein wesentlicher Unterschied besteht zwischen den Stammländern der Amharas (Zentrales Hochplateau) und den Außengebieten, die von Abessinien in den letzten 50 Jahren erobert worden sind. Diese Gebiete sind durch die Mißwirtschaft der Beherrscher, die sie bedenkenlos ausbeuten und daraus Sklaven zum Zwecke des Handels holen, in eine Lage gebracht worden, der durch sofortiges scharfes Eingreifen abge-

holfen werden muß. Von einer Autorität des Negus ist dort keine Rede.

3. Aus der Gesamtheit der italienischen Denkschrift geht hervor, das abessinische Problem, um in befriedigender Weise gelöst werden zu können, folgendermaßen hätte in Angriff genommen werden müssen:

a) der eigentliche abessinische Staat müßte in eine Lage versetzt werden, daß er seinen Nachbarn nicht schaden und seine Verwaltung reformieren könnte, um auf eine höhere Kulturstufe zu kommen;

b) die verschiedenen Bevölkerungen, die an den Grenzen des Landes unter unmenschlichen Bedingungen leben, müßten der abessinischen Tyrannei entzogen werden. Sie müssen ein- für allemal vor der Mißwirtschaft eines Landes geschützt werden, das nicht in der Lage ist und niemals in der Lage sein kann, ihnen gegenüber die Mission zu erfüllen, die einem Staat mit Angehörigen verschiedener Rassen obliegt.

4. Die Vorschläge des Fünfer-Ausschusses haben sich darauf beschränkt, dem abessinischen Staat so wie er gegenwärtig besteht, eine Hilfeleistung zu gewähren, die zwar in gewisser Hinsicht erweitert ist, aber grundsätzlich nicht von derjenigen abweicht, die der Völkerbund anderen Staaten zur Ueberwindung vorübergehender Schwierigkeiten gewährt hat. Da es sich um ein Land handelt, dessen barbarische Zustände mit einer starken, modernen Rüstung Hand in Hand gehen, kann die internationale Kontrolle nicht als eine Lösung betrachtet werden, die den anzustrebenden Zielen entspricht.

5. Weder der Völkerbund kann sich auf diesen Standpunkt stellen, wenn er eine letzte Anstrengung unternehmen will, um Abessinien auf eine höhere Kulturstufe zu heben, noch Italien, das in Abessinien seinen besonderen und gefährlichsten Feind sieht. Ein Fall wie derjenige Abessiniens kann nicht durch die Anwendung der satzungsmäßigen Mittel gelöst werden, weil die Völkerbundssatzung nicht den Fall vorsieht, daß Länder, die unwürdig und unfähig sind, im Völkerbund mitzuarbeiten, weiterhin die Rechte für sich in Anspruch nehmen und die Erfüllung der Verpflichtungen fordern, die sich aus dieser Mitarbeit ergeben.

6. Wenn man sich in der Beurteilung und in der Anwendung etwas größeren Spielraum gelassen hätte, so wäre man selbst im Geiste gewisser Völkerbundsgrundsätze, wie zum Beispiel des Mandatsgedankens, der Lösung des Problems nähergekommen. Aber der Fünfer-Ausschuß hat diese Linie nicht verfolgt und hat seine Lösung auf dem Gedanken der Hilfeleistung aufgebaut, der für Abessinien nicht paßt.

7. Die italienischen Argumente, die sich auf die Verträge, auf die geschichtlichen Gegebenheiten, auf die Verteidigung der italienischen Kolonien und auf die italienische Mission in Afrika stützen, sind in den Vorschlägen des Ausschusses vollständig übergangen worden. Der Fünfer-Ausschuß hat der besonderen Stellung Italiens in Abessinien auf der Grundlage des Dreimächtevertrages von 1906 und der vorausgegangenen Abkommen, die einen Bestandteil dieses Vertrages bilden, nicht Rechnung getragen. Die von den Vertretern Frankreichs und England abgegebenen Erklärungen sprechen von territorialen Regelungen zugunsten Italiens im Wege eines Gebietsaustausches mit Abessinien in der Gegend der Somaliküste. Es handelt sich offenbar um die Wiederaufnahme des früher gemachten Vorschlages, Abessinien einen Zugang zum Meere zu geben.

Die italienische Regierung muß sich diesen Vorschlägen ganz entschieden widersetzen, da sie wiederholt auf die Gefahren einer solchen Lösung hingewiesen hat, die Abessinien zu einem Seestaat machen und die tatsächliche Gefahr, die dieser Staat für Italien bildet, verschärfen würde. Anstatt sich bei einem solchen Gedanken, der mit dem Ernst der Lage in Widerspruch steht, aufzuhalten, hätte der Fünfer-Ausschuß nicht die Rechte territorialer Art vernachlässigen dürfen, die der Dreimächtevertrag in Artikel 4 Ziffer b) Italien hinsichtlich der territorialen Verbindung zwischen den italienischen Kolonien Eritrea und Somaliland westlich von Addis Abeba zuerkennt. Die Vorschläge des Fünfer-Ausschusses beziehen sich im Gegenteil auf die Bestimmungen des Fünf-Mächtevertrages nur, um die Rechte und die Interessen der beiden anderen Teilnehmer zu betonen.

8. Die Regierungen Frankreichs und Englands erkennen Italien ein besonderes Interesse an der wirtschaftlichen Erschließung Abessiniens zu. Italien nimmt von dieser freundschaftlichen Einstellung Kenntnis, bemerkt aber, daß die praktische Durchführung von besonderen Abmachungen zwischen Italien und Abessinien abhängen würde. Nun beweisen aber alle Gründe, die den italienisch-abessinischen Konflikt ausgelöst haben, sowie die Haltung, die Italien einnehmen mußte, die Unmöglichkeit jedes wirtschaftlichen Abkommens mit Abessinien, da dieses Land nicht fähig ist, Verpflichtungen zu übernehmen und noch weniger, irgendwelche internationalen Vereinbarungen einzuhalten

Ein neuer Ausschuß

Französische Meldungen aus Genf

Paris, 25. Sept. Der Verlauf der Genfer Besprechungen regt die Pariser Presse wieder zu einer etwas zuversichtlicheren Beurteilung der Lage an. Obgleich man in Genf seit 24 Stunden auf der Stelle tritt und vor Donnerstag kaum eine entscheidende Wendung zu erwarten ist, will man sowohl in der Rede des englischen Außenministers vor dem Kabinett als auch in der amtlichen Verlautbarung der italienischen Regierung gewisse Anzeichen für eine Entspannung sehen, die durch eine italienisch-englische Annäherung hervorgerufen werden könnte.

Die Ansicht der Genfer Sonderberichterstatter der großen Nachrichtenblätter geht allgemein dahin, daß nunmehr ein neuer Ausschuß gebildet werden wird, der auf der Grundlage des Artikels 15 (Empfehlungen) arbeiten solle und dessen **Bericht dann dem Völkerbund zur einstimmigen Annahme unterbreitet werden müßte.** Der „Jour" spricht in diesem Zusammenhang von einem Ausschuß von 14 Mitgliedern, d. h. einer Spitzenvertretung sämtlicher ständigen Ratsmitglieder.

Die ursprüngliche Befürchtung, daß eine Einstimmigkeit über die Berichte bezw. die Empfehlungen nicht zu erzielen sei, da Polen sich möglicherweise der italienischen Auffassung anschließen könnte, wird von der französischen Presse nicht geteilt. Man spricht dagegen von gewissen Meinungsverschiedenheiten zwischen Laval und Eden und über die Fortsetzung der Verhandlungen. Der französische Außenminister, so schreibt Pertinax im „Echo de Paris", habe ursprünglich gefordert, man möge vorläufig den Mißerfolg der Versöhnungsverhandlungen des Fünfer-Ausschusses feststellen und dann den weiteren Verlauf der Ereignisse abwarten. Eden habe jedoch auf Anwendung des Artikels 15 bestanden, weil er befürchte, daß andernfalls die Anwendung des Artikels 16 (Sühnemaßnahmen) Schwierigkeiten begegnen könnte.

Wahrscheinlich werde eine Einigung dahin zustande kommen, daß der neu zu gründende Ausschuß, der sich mit der Abfassung des Berichtes und der Aufstellung der Empfehlungen zu beschäftigen haben werde, seine Arbeiten einige Wochen in die Länge ziehen werde, um auf diese Weise die weitere Entwicklung der Lage abwarten zu können.

*

England gibt keine Garantien

Paris, 25. Sept. Der Londoner Sonderberichterstatter des „Figaro" glaubt im Zusammenhang mit der englischen Antwort auf die französische Anfrage hinsichtlich der englischen Haltung im Falle einer europäischen Gefahr zu wissen, daß das Foreign Office zwar ein sehr langes Schriftstück ausgearbeitet habe, daß dieses aber keinerlei Garantien enthalte. Man beschränke sich vielmehr in dieser Note darauf, die Genfer Rede Sir Samuel Hoares näher auszulegen, vermeide es aber, irgend eine Garantie über die etwaige Haltung Englands im Falle einer Gefährdung des europäischen „status quo" abzugeben.

Die gleiche Auffassung vertritt auch der Londoner Berichterstatter des „Journal", der es als vergebliche Mühe bezeichnet, wollte man in der englischen Antwort eine fest umgrenzte Garantie suchen. Man werde lediglich eine erneute Bestätigung des englischen Grundsatzes finden, daß man auf die Mitarbeit Englands rechnen könne, wenn es sich darum handle, gegen einen Angreifer vorzugehen, der den Völkerbundspakt herausfordere.

*

Keine Mobilmachung in Abessinien

Addis Abeba, 25. Sept. Einer amtlichen Mitteilung zufolge hat der Kaiser von Abessinien an den Völkerbund ein Telegramm gerichtet, in dem es heißt:

„In Anbetracht der ständigen Herausforderungen und zur Vermeidung von Zwischenfällen ist Befehl gegeben worden, die abessinischen Truppen auf der ganzen Front 30 Kilometer zurückzunehmen. Die Durchführung dieses Befehls ist strengstens befolgt worden. Der Kaiser bietet dem Völkerbund an, einen Beobachter zu entsenden, damit bei künftigen Zwischenfällen gleich zu Anfang der Schuldige festgestellt werden kann." **Die abessinische Regierung dementiert am Mittwoch wiederum die Gerüchte von einer angeblichen Generalmobilisation.**

*

Völkerbundsversammlung in ständiger Bereitschaft

DNB. **Genf**, 25. Sept. Im Präsidium der Völkerbundsversammlung hat sich unter den 13 Mitgliedern eine Mehrheit dafür ergeben, daß die Versammlung angesichts der italienisch-abessinischen Konflikte nicht in der üblichen Weise nach Beendigung ihrer normalen Arbeit aufgelöst, sondern lediglich vertagt werden soll. Damit wäre jederzeit ein Wiederzusammentritt in der bisherigen Zusammensetzung ohne Neuwahl des Präsidiums und Erfüllung anderer Formalitäten möglich.

Wie es in Genf morgen weitergehen soll

DNB. **Genf**, 25. Sept. Laval, Eden und Madariaga besprachen Mittwoch nachmittag gemeinsam das weitere Verfahren, das dem Völkerbundsrat für die Regelung des italienisch-abessinischen Streites vorgeschlagen werden soll.

Danach würde sich der Rat am Donnerstag darauf beschränken, den Bericht des Fünfer-Ausschusses einem neuen Ausschuß, der wahrscheinlich alle Ratsmitglieder außer den streitenden Parteien umfassen würde, zur Prüfung zu überweisen.

Aus dieser Prüfung würde dann in der nächsten Woche der Entwurf eines endgültigen Berichts des Völkerbundsrates hervorgehen. Die Annahme des Berichtes durch den Rat oder die Versammlung würde die in der Satzung vorgesehenen Rechtswirkungen, vor allem das Verbot kriegerischer Maßnahmen für die streitenden Parteien und gegebenenfalls die sofortige Feststellung eines Bruches der Satzungen auslösen.

Das Präsidium der Völkerbundsversammlung ist Mittwoch abend bereits zu einer Beratung über diese Frage zusammengetreten, ein Beweis dafür, daß die Befassung der Völkerbundsversammlung, die den englischen Wünschen nach einer Verteilung der Verantwortlichkeit auf einen möglichst großen Kreis von Staaten entspricht, grundsätzlich bereits beschlossene Sache ist.

*

Die römische Presse am Vorabend der Ratssitzung

DNB. **Rom**, 25. Sept. Am Vorabend der Sitzung des Völkerbundsrates über den italienisch-abessinischen Streitfall sieht man in ganz Italien mit größter Spannung auf die zwischen Paris, Rom und London in letzter Stunde noch einmal in Gang gekommenen diplomatischen Besprechungen. Ueber ihren Erfolg wagt man sich noch keinen Hoffnungen hinzugeben. Die italienische Presse verzeichnet die auseinandergehenden Tendenzen und die gegensätzlichen Meinungen, die in Paris, London und Genf noch miteinander im Kampf liegen. Trotzdem geht der Gesamteindruck, wie er sich am Mittwoch abend aus der Presse ergibt, dahin, daß zwischen den Hauptbeteiligten doch noch eine Verständigung über die weitere Behandlung des Streitfalles sich erreichen lassen dürfte.

Nach den neuesten Meldungen des „Giornale d'Italia" aus Genf hat es den Anschein, daß die englische Regierung im Gegensatz zu ihrer bisherigen Haltung zur Wiederaufnahme eines mit dem Völkerbund nur in loser Verbindung stehenden Verfahrens bereit sei, falls sich damit die Möglichkeit einer Beilegung des Streitfalles bieten sollte. Will das Blatt auch zunächst nur mit Vorbehalt eine allgemeine Besserung der Genfer Stimmung verzeichnen, so legt es dabei doch besonderen Wert auf die von Laval unternommenen Versuche einer Wiederannäherung zwischen England und Italien, wie er auch in der italienischen Verlautbarung über die Begegnung Mussolinis mit dem englischen Botschafter Drummond einen Niederschlag gefunden hat.

*

Lloyd George tritt erneut für Abessinien ein

DNB. **London**, 25. Sept. Lloyd George hielt in Bristol eine Rede, in der er wieder auf den italienisch-abessinischen Konflikt zu sprechen kam. Er forderte, daß der Völkerbund im Interesse des kleinen und unbewaffneten Abessinien intervenieren müsse. Niemals habe ein klarerer Fall vorgelegen. Ein Land, das den Abessiniern seit Tausenden von Jahren gehöre, wolle Italien heute besitzen. Er fordere nicht, daß England allein die notwendigen Schritte im Interesse der Menschlichkeit tun sollte. Vielmehr müsse jede weitere Aktion gemeinsam mit denjenigen unternommen werden, die zur Mitarbeit bereit seien.

Lloyd George warf dann dem Schatzkanzler Neville Chamberlain die Hintertreibung von Sühnemaßnahmen vor.

*

Eine Liste der Vereinigten Staaten über das vom Ausfuhrverbot betroffene Kriegsmaterial

DNB. **Washington**, 25. Sept. Das kürzlich von Präsident Roosevelt unterzeichnete Neutralitätsgesetz enthält bekanntlich ein Waffen- und Munitionsausfuhrverbot für die Vereinigten Staaten. Zurzeit stellt die Regierung eine Liste der als Kriegsmaterial zu betrachtenden Waren auf, die von der Industrie mit Spannung erwartet werden. Diese Ausstellung soll wie verlautet, ungefähr den Vorschlägen entsprechen, die Botschafter Davis im November 1934 der Genfer Abrüstungskonferenz unterbreitete und die dann mit einigen Abänderungen am 12. April ds. Js. in Genf veröffentlicht wurden. Die amerikanische Regierung ist mit diesen Abänderungen der Abrüstungskonferenz einverstanden und wird den Genfer Bericht als Grundlage für ihre eigene Liste des Kriegsmaterials verwenden. Eingeschlossen in diese Aufstellung sind Waffen, Munition und Flugzeuge, jedoch keine Rohstoffe.

Die alte Schuld

Der Roman einer Mutterliebe

von Helene Norbert

Urheberrechtsschutz durch Verlagsanstalt Manz, Regensburg.

13. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

„Nur das eine — irrst du dich nicht?"

„Nein!"

„Entsetzlich!"

Sie wagte kein Trostwort. Der lustige, warmblütige Heinz ein Betrüger? Sie konnte es nicht fassen.

Und doch! Was war die Leidenschaft nicht imstande?

Leben und Irren sind so enge verknüpft, wie sonst nichts auf der Welt und an dem Irren konnte Leonie zu Grunde gehen.

Nein, — sie sollte es nicht! Wahrhaftig nicht. Wozu war sie da?

Und mußte auch ihr freies, ungebundenes Wanderleben ein Ende nehmen, — die Pflicht war's wert und bei Gott, sie hatte sich im Leben noch um keine gedrückt. — — —

*

Just in den heißesten Sommertagen des Monats August schaute Klein-Marlene mit ihren Augen so blau wie draußen der Himmel zum erstenmal in die Welt.

Und merkwürdig war's, daß diese Auglein denen Frau von Gregoris so ähnlich sahen, als wäre diese und nicht Leonie die Mutter.

Mit Rührung stellte es die Großtante fest und alle im Hause bejahten es; gönnten sie doch der lieben, gütigen Dame, die für sie alle wie eine Mutter sorgte, diese Freude.

Die Hirschin meinte treuherzig:

„'s ist gerade so, als wollte der kleine Wurm sie bitten: bleib bei mir!"

Grete geriet von einem Entzücken ins andere. Nun hatte sie ein gar zu niedliches, süßes Spielzeug.

Und Sepp streichelte im Hof den braunen, störrischen Dackel und die graue Katze, die zusammen gute Freundschaft hielten und stets gemeinsam ihre Faulheit in den Schatten trugen.

„Schaut dazu! Bei uns gibt's keine Doggen und Puppen, das Spielzeug müßt ihr liefern."

Alle brachten mit strahlender Freude das Beste an das Lager der Kleinen: ihre Liebe! Nur die Mutter nicht.

Leonie Kron sah gleichgültig auf das kleine, süße Dingelchen, das ihrem Glauben nach im Zeichen der Lüge und der Erniedrigung für sie in ihr Leben getreten war.

Das natürliche Muttergefühl hielt sie mit eiserner Faust nieder. Mochte daraus werden, was da wolle. —

— — — — — — — — — —

Jahre vergingen.

Hansjörg trug sein Abiturzeugnis in der Tasche und die Auszeichnung dazu.

In seinem Frohgefühl hätte er die Welt umarmen mögen. Er nahm sich ein Auto. Heute ging ihm alles zu langsam.

In der Bayerstraße hielt der Wagen. Er bezahlte den Chauffeur, stürmte an dem Portier vorbei und nahm bei jedem Schritt zwei Stufen.

Die alten Herrschaften saßen mit ihrer Tochter beim Kaffee, als Hansjörg die Türe aufriß.

„Die Auszeichnung, Verehrteste!"

Das Zeugnis schwenkte er hoch in der Luft.

„Sapperlott, bist ein Teufelskerl," entfuhr es dem Munde des alten Herrn.

Seine Frau sah glücklich zu Irene herüber. Das Lebensschiff straffte die Segel zur Fahrt im vollen Sommersonnenglanz.

Seit sieben Jahren wohnte nun Irene Stahl in München bei ihren Eltern. Sieben Jahre ernsten, inneren Reifens und noch ernsteren Schaffens. — Ein Leben der Pflicht, den Eltern und dem Knaben geweiht.

Stand die erste Zeit auch die Mutter am Steuer, um mit klugem Weitblick den Kurs zu bestimmen, den ihr Leben nehmen sollte, — Wille und Tatkraft führten doch bald zu jener Kraftentfaltung, die sich von einem nutz- und tatlosen Leben abkehrte, — die die Mutter bewog, das Steuer getrost in die Hand der Jungen zu legen.

Und Irene Stahl sichtete Neuland, ein Land starken, friedlichen Pflichttuns, reinen Frohseins

„Brav, Hansjörg, brav!" Sie drückte ihrem großen Jungen innig die Hand. „Jetzt können wir unsere Bündel schnüren und nach Lust und Behagen wandern. Und wenn wir im Herbst heimkommen, sollst du deine Malstunden bei Professor Altmann fortsetzen dürfen."

Dem Jungen stand der Atem still.

„Bei dem großen Altmann?" Nach einer Weile sagte er kläglich: „Ach, Mama, dazu langt es wohl nicht."

„Warum nicht?" forschte launisch der alte Herr. „Ich rauche täglich eine Zigarre weniger und Großmama verzichtet jeden Tag auf eine Tasse Kaffee, — dann langt's."

Irene lachte herzlich und Hansjörg fuhr mit komischer Verzweiflung dazwischen:

„Ich meine doch nur, daß mein bißchen Können nicht für einen solchen Unterricht ausreicht. Professor Altmann wirft mich glatt über die Stiege, wenn so etwas wie ich angerückt kommt. Er ist ja bekannt grob."

„Kann sich's auch leisten," meinte anerkennend Herr Rohrer.

„Hast du Angst?"

Ein feiner Humor umspielte Irenes Mund. Sie hatte sich ja längst bei Fachmännern Klarheit über das Talent ihres Jungen geholt. Einstimmig hatte man ihr erklärt: eine seltene und glänzende Begabung! Professor Altmann würde doch auch nicht blind sein, davor war ihr nicht bange.

Hansjörg fuhr sich mit beiden Händen durch die dichten, gelockten Haare. Großmama rückte schmunzelnd ihre Brille zurecht.

„Abwarten, Junge! Dem Mutigen gehört die Welt."

Diesmal packte man besonders flink die Koffer. Der trockene Sommer brachte heiße Tage; sie und die freudige Erregtheit der Gemüter trieben hinaus in die liebe, weite Gotteswelt.

(Fortsetzung folgt.)